

13. April 2022

Klimaschutz trotz Krise? Klimaschutz wegen Krise!

Wirtschaft und Politik bekennen sich zu ambitioniertem Klimaschutz in der Zeitenwende

Botschaften-Papier zur Podiumsdiskussion „Wie gelingt die Transformation unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität?“ am 05. April 2022

Die Debatte über die Transformation unserer Wirtschaft und Energieversorgung erhält mit dem militärischen Angriff der russischen Regierung auf die Ukraine eine neue Dynamik. In der aktuellen Zeitenwende müssen die Debatten um Energieunabhängigkeit und Versorgungssicherheit unter neuen Vorzeichen geführt werden. Der Krieg zwingt dazu, mit einer drastisch erhöhten Dringlichkeit neue Lösungen der Energie- und Ressourcenversorgung zu finden. Schneller aus fossilen Energien aussteigen, Erneuerbare Energien ausbauen, die Energieeffizienz erhöhen, Energie sparen und zirkulär wirtschaften war klimapolitisch immer richtig – jetzt ist dies auch sicherheitspolitisch von zentraler Bedeutung. Diese Aspekte müssen elementarer Bestandteil einer resilienten und zukunftsgerichteten Energie- und Wirtschaftspolitik sein, die Krisensicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz vereint.

Das *Umweltbundesamt* und die *Stiftung KlimaWirtschaft* waren vor diesem Hintergrund am 05. April 2022 gemeinsam Gastgeber einer Podiumsdiskussion mit Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Dr. Robert Habeck und den hochrangigen Wirtschaftsvertreter*innen Martina Merz (Vorstandsvorsitzende der thyssenkrupp AG), Jan-Hendrik Goldbeck (geschäftsführender Gesellschafter der Goldbeck GmbH) und Ola Källenius (Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz Group AG). Weit über 1.000 Menschen nahmen an der virtuellen Veranstaltung teil und hatten die Möglichkeit, sich mit Fragen in die Diskussion einzubringen.

Das Umweltbundesamt und die Stiftung KlimaWirtschaft fassen die wichtigsten Erkenntnisse der Diskussion in fünf Kernbotschaften zusammen, um die Debatte zur aktuellen Krisenbewältigung mit den kurz- und mittelfristigen klimapolitischen Notwendigkeiten und langfristigen Zielsetzungen zu verknüpfen.

1 Die aktuelle Krise kann die Transformation zur Klimaneutralität beschleunigen – wenn wir gemeinsam, weitsichtig und entschlossen handeln.

In Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine werden die Stimmen derjenigen wieder lauter, die die Transformation zur Klimaneutralität schon immer falsch fanden. Zudem drohen politische Aufmerksamkeit und Mittel für ambitionierten Klimaschutz verloren zu gehen.

Der dramatisch veränderte Kontext scheint der notwendigen Transformation aber zugleich auch neuen Schub auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu geben. Das strategische Dreieck aus Klima-, Energie- und Sicherheitspolitik macht die Unabhängigkeit von fossilen Importen unabdingbar. Hierfür sind der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und das verstärkte Energieeinsparen zentrale Hebel. Gesellschaftlich ergeben sich sogar Chancen: Krisen setzen Kräfte frei, die uns Hürden und Behäbigkeit überwinden lassen. Der Klimawandel wartet nicht. Der Druck der aktuellen Krise kann eine neue Dynamik erzeugen – wenn wir strategisch und klug handeln und die Zeitenwende dazu nutzen, Antworten auf die multiplen Herausforderungen zu formulieren.

2 Unternehmen halten das Tempo beim Klimaschutz hoch.

Das Ziel Klimaneutralität verliert bei den großen Unternehmen der deutschen Automobil-, Stahl- und Bauindustrie nicht an Priorität – im Gegenteil. Die auf dem Panel vertretenen Unternehmen wollen keine Zeit verlieren. Die klare Botschaft war: die Zeit zum Handeln ist jetzt.

Nach der Pandemie liefert der Krieg in der Ukraine einen weiteren Beleg, dass das international verflochtene Handelssystem zwar effizient, aber auch fragil ist – Lieferengpässe zeigen dies exemplarisch. Die Unternehmen intensivieren deshalb ihre Anstrengungen, die eigene Energieunabhängigkeit und Resilienz zu stärken. Bezugsquellen für Energie und Rohstoffe werden schnellstmöglich diversifiziert und noch nicht ausgeschöpfte Effizienzpotentiale erschlossen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien, insbesondere von Windkraft und Photovoltaik, auf eigenen Flächen ist eine weitere Maßnahme, um sich zumindest in Teilen selbst mit klimafreundlicher Energie zu versorgen.

Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfordert einen ganzheitlichen 360°-Ansatz: Alle Unternehmensbereiche, inklusive der Vorketten, müssen rasch auf eine klimaneutrale, sichere Energieproduktion umstellen und Energie einsparen, um Treibhausgasemissionen zu vermeiden. Um diesen Wandel zu meistern, braucht es klare, auf Klimaneutralität ausgerichtete politische Rahmenbedingungen sowie eine enge und gut orchestrierte Zusammenarbeit zwischen Politik und Unternehmen, unterstützt durch wissenschaftliche Erkenntnisse zu den sozialen, ökonomischen und klimarelevanten Wirkungen jeweiliger Handlungsalternativen.

3 Wirtschafts- und Klimapolitik eng zu verzahnen schafft produktive Synergien und Verlässlichkeit.

Das erforderliche Tempo beim Klimaschutz kann erreicht werden, wenn Politik und Wirtschaft die Kräfte für das gemeinsame Ziel der Klimaneutralität bündeln. Es ist die Aufgabe der Politik, einen verlässlichen und transparenten Handlungsrahmen für die Unternehmen zu gestalten. Die Wirtschaft benötigt kooperative politische Führung und Erwartungssicherheit, um die Herausforderungen der Transformation bewältigen zu können.

Angesichts des Krieges und seiner Folgen werden Übergangskompromisse kaum vermeidbar sein und temporäre Widersprüche auftreten. Der klare und entschiedene Pfad zur Klimaneutralität muss aber im Fokus aller Maßnahmen bleiben – deshalb sollten insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz jetzt massiv beschleunigt werden. Dieser Pfad muss durch die Unterstützung vulnerabler gesellschaftlicher Gruppen flankiert werden. Klimaschutz, erhöhte Energie- und Ressourcensouveränität sowie die Verteidigung von Demokratie und Freiheit sind auf gesellschaftlichen Zusammenhalt angewiesen.

4 Investitionen in unternehmerische Resilienz müssen politisch eingebettet sein, um zum Business Case zu werden.

Aufgrund der multiplen Krisen setzen sich Unternehmen mit erhöhter Dringlichkeit mit strukturellen Zukunftsfragen auseinander. Sie schließen neue Energiepartnerschaften, richten ihre Lieferketten neu aus oder werden selbst Energieerzeuger, um eine unternehmerische Resilienz zu entwickeln, die Krisensicherheit, Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit verbindet.

Die Umsetzung solcher Resilienz-Strategien erfordert von den Unternehmen hohe Investitionen, beispielsweise in Anlagen und Infrastrukturen zur Produktion von grünem Stahl unter dem Einsatz von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien oder in die Entwicklung und Umsetzung effizienter und zirkulärer Gebäudekonzepte. Hinter derartigen Investitionen steht zurzeit oft noch kein Business Case. Es ist deshalb eine Einbettung in einen politischen Rahmen erforderlich, der die Skalierung von Innovationen beschleunigt und Investitionsrisiken reduziert. Die Politik sollte hier gezielt und schnell unterstützen.

Auch angesichts einer weltweiten Tendenz zu autoritären Regimen müssen neue Abhängigkeiten vorausschauend vermieden werden. Dafür sollten Investitionen in strategische Industriezweige in der EU verstärkt werden, die Voraussetzung für das Gelingen der Transformation sind. Hierzu gehören etwa der Aufbau einer europäischen Industrie für Batteriezellen- und Halbleiterfertigung.

Die Grundlage für einen verlässlichen und langfristigen politischen Rahmen ist ein gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit dieses Weges. Dafür sollten die großen Chancen des European Green Deal im Hinblick auf die Zeitenwende noch stärker herausgearbeitet werden.

5 Die Transformation zur Klimaneutralität braucht effektive globale Kooperation.

Klimaschutz ist eine globale Gemeinschaftsaufgabe und kann am Ende nur mit internationaler Anstrengung und effektiver Kooperation gelingen. Der gemeinsame Ziel- und Wertekatalog des Pariser Abkommens bildet den Grundpfeiler dieser vielfältigen Kooperationsaufgabe.

Der Rückfall in nationale Abschottung ist der falsche Weg. In progressiven und inklusiven Klima-Allianzen können wir die globale Energiewende sowie die Transformation unserer Industrien weiter vorantreiben. Gegenseitige Abhängigkeiten bei Rohstoffen und Schlüsseltechnologien müssen durch Diversifizierung gelöst werden, um die Systeme resilient zu machen. Dafür ist ein offener und fairer Welthandel auch zukünftig genauso notwendig wie ein weltweites Eintreten für eine nachhaltige Entwicklung. Es geht nicht um ein Zurückdrehen der Globalisierung, sondern um ihre gemeinsame Gestaltung innerhalb der planetaren Leitplanken.

Die Energie- und Verkehrswende müssen darüber hinaus auch im europäischen Verbund gestärkt und so synchronisiert werden, dass beispielsweise E-Mobilität auch in der Anwendungsphase CO₂-neutral ist. Je besser die Veränderungsprozesse strategisch vorgedacht, begleitet und abgestimmt werden, desto erfolgreicher und kostengünstiger wird die Transformation sein.

Diese fünf Botschaften machen deutlich: im Lichte der aktuellen Krisen hat die Dringlichkeit beschleunigten Klimaschutzes zugenommen. Damit die Transformation zur Klimaneutralität gelingt, sind neue Allianzen progressiver gesellschaftlicher Kräfte erforderlich. Die Diskussion zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik hat ein ermutigendes Signal gesendet für eine neue, große Entschlossenheit, die verschiedenen Dimensionen der Herausforderung jetzt gemeinsam und proaktiv anzugehen. In diesem Sinne werden das Umweltbundesamt und die Stiftung KlimaWirtschaft auch in Zukunft in einem engen Schulterschluss zusammenarbeiten.

Über das Umweltbundesamt

Das Umweltbundesamt (UBA) ist die wissenschaftliche Umweltbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Es entwickelt Lösungen für einen gesunden Planeten, Lebensqualität für alle Menschen und eine nachhaltige Welt. Als zentraler und wirksamer Akteur gestaltet das Umweltbundesamt die notwendige grundlegende Transformation zur Nachhaltigkeit in Deutschland, Europa und weltweit mit.

Über die Stiftung KlimaWirtschaft (zuvor Stiftung 2°)

Die Stiftung KlimaWirtschaft ist eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmern. Sie wurde 2011 unter dem Namen Stiftung 2° gegründet und hat sich 2021 in Stiftung KlimaWirtschaft umbenannt. Ziel der gemeinnützigen Stiftung ist die Förderung des Klimaschutzes sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Zu diesem Zweck bündelt und aktiviert die Stiftung KlimaWirtschaft die Verantwortungsbereitschaft, aber auch die Innovationskraft und Lösungskompetenz deutscher Unternehmen. Sie tritt an die Politik heran, um konkrete Möglichkeiten für die Transformation zur Klimaneutralität aufzuzeigen. Die Stiftung arbeitet hierbei parteiunabhängig sowie sektor- und branchenübergreifend.

Impressum

Herausgeber

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de
 [/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)
 [/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

Stiftung KlimaWirtschaft
Linienstraße 139/140
Aufgang B, 5. OG
10115 Berlin
Tel: +49 (0) 30 – 2021 4320
stiftung@klimawirtschaft.org
Internet: <https://klimawirtschaft.org/>
 [/klimawirtschaft](https://www.linkedin.com/company/klimawirtschaft)
 [/ KlimaWirtschaft](https://twitter.com/KlimaWirtschaft)

13. April 2022